KONRAD ADENAUER STIFTUNG
Frankreich

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

17. – 23. Oktober 2026

Vor der für den 24. Oktober angekündigten Fortsetzung der Proteste gegen die hohen Lebenshaltungskosten (mehr zum Auftakt der Protestbewegung in unserem Länderbericht) hat Präsident Emmanuel Macron am 22. Oktober 2026 nach einer Sitzung mit den Nachrichtendiensten und Sicherheitsbehörden eine deutlich verschärfte Einschätzung der jüngsten Ausschreitungen vorgelegt. Dabei unterschied er zwischen gewöhnlicher Kriminalität und politisch motivierter Gewalt. Er machte insbesondere organisierte Gruppen der „Ultralinken" für einen Teil der Ausschreitungen verantwortlich. Diese hätten mit hoher Gewaltbereitschaft und gezielter Planung gehandelt, um die staatliche Ordnung und die Republik zu destabilisieren. Zugleich kündigte Macron eine strengere Handhabung von Demonstrationen an. So sollen von Gewerkschaften organisierte Kundgebungen zugelassen werden und Präfekten die Routen so festlegen, dass öffentliche Gebäude und Geschäfte geschützt werden. Nicht gewerkschaftlich organisierte Versammlungen sollen, soweit rechtlich möglich, untersagt werden. Gegen diese Ankündigungen haben mehrere Vereine sowie die Richtergewerkschaft einen Eilantrag beim Staatsrat (Conseil d'État) eingereicht. Sie werfen dem Präsidenten Verstöße gegen die Versammlungsfreiheit und den Gleichheitsgrundsatz vor. Die Regierung weist diese Kritik zurück. Eine Entscheidung wird binnen 48 Stunden erwartet. Parallel dazu setzt der Élysée auf politische Gesprächsangebote. So empfängt Macron am Freitagnachmittag Vertreter verschiedener Schülerorganisationen, während Bildungsminister Geffray für Montag weitere Gespräche angekündigt hat. Auch Premierminister Lecornu will zu Beginn der kommenden Woche Gewerkschaften, Schüler- und Studentenvertreter, Arbeitgeber, Kommunen und Parlamentarier zusammenbringen, um den Dialog über soziale Forderungen und politische Antworten fortzuführen. Diese Ankündigungen erfolgten vor dem Hintergrund bereits bestehender Einschränkungen. So hatten bereits mehrere Präfekturen vor Macrons Erklärung Demonstrationsverbote für Innenstädte und zentrale Plätze erlassen, darunter in Nizza, Lyon, Rouen und Le Havre. Ungeachtet dessen sind für den 24. Oktober landesweit weiterhin mindestens 366 Protestaktionen angekündigt.

Vom 18. bis 21. Oktober 2026 war der französische Präsident Emmanuel Macron auf einer Reise durch die Golfstaaten unterwegs. Er besuchte Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar und Saudi-Arabien. Ziel der Reise war es die französische Versorgung im Winter sicherzustellen, mögliche Engpässe zu vermeiden und den Druck auf die Energie- und Kraftstoffpreise zu begrenzen. Auf energiepolitischer Ebene sicherte sich Frankreich insbesondere Diesellieferungen aus Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie Lieferungen von verflüssigtem Erdgas (LNG) aus Katar für die Wintermonate. Den Abschluss der Reise bildete ein überraschender Besuch in Saudi-Arabien am 21. Oktober. In Riad traf Macron Kronprinz Mohammed bin Salman zu Gesprächen über die regionale Sicherheitslage und den Schutz kritischer Infrastruktur. Dabei bestätigte Paris die Entsendung französischer Militärmittel zum Schutz des strategisch wichtigen Ölterminals von Yanbu am Roten Meer. Frankreich rechtfertigte den rein defensiven Einsatz mit der Sicherung internationaler Energieversorgungsketten. Macron begründete die Golfreise mit Frankreichs Versorgungssicherheit, wurde angesichts der schweren Ausschreitungen im Inland jedoch dafür kritisiert.

Die seit dem 13. Oktober laufenden Haushaltsberatungen entwickeln sich zunehmend zu einem Problem für die Regierung. Zwar wurde ein Antrag der Sozialisten auf sofortige Zurückweisung des Haushaltsentwurfs zu Beginn der Beratungen abgelehnt, doch hat die Nationalversammlung inzwischen mehrere zentrale Konsolidierungsmaßnahmen der Regierung abgeschwächt oder gestrichen. Besonders schwer wiegt die Ablehnung der geplanten Begrenzung des steuerlichen Rentnerfreibetrags, die dem Staat ursprünglich Mehreinnahmen von rund 1,4 Milliarden Euro bringen sollte. Eine ungewöhnlich breite Allianz von LR, RN, Horizons, UDR sowie linken Parteien verhinderte die Maßnahme. Auch in anderen Bereichen wurden eher entlastende als konsolidierende Änderungen beschlossen, etwa eine deutliche Ausweitung steuerfreier Überstunden, höhere steuerbegünstigte Pendlerpauschalen sowie die Rücknahme geplanter Besteuerungen bestimmter Sozialleistungen. Insgesamt zeichnet sich damit ab, dass die Regierung ihre ursprünglichen Einspar- und Konsolidierungsziele nur schwer erreichen kann.

Während einer militärischen Schutzübung im Raum Toulon wurden zwischen dem 5. und 16. Oktober mehrere nicht identifizierte und nicht genehmigte Drohnen gesichtet. Der Standort Toulon ist besonders sensibel, da sich dort der Flugzeugträger Charles de Gaulle befindet und der Hafen als wichtigster Militärhafen Frankreichs gilt. Laut der französischen Marinepräfektur konnten die eingesetzten Überwachungssysteme die fremden Drohnen schnell von den im Rahmen der Übung eingesetzten Militärdrohnen unterscheiden. Trotz dieser Maßnahmen gelang es den Behörden jedoch nicht, die Drohnen abzufangen oder sicherzustellen. Die Behörden betonen jedoch, dass keine sensiblen militärischen Anlagen unmittelbar bedroht waren. Dennoch werfen die Vorfälle Fragen zur Sicherheit militärischer Standorte auf. Experten verweisen darauf, dass ähnliche Drohnenüberflüge in den vergangenen Monaten bereits mehrfach über strategisch wichtigen Einrichtungen beobachtet wurden, darunter die U-Boot-Basis Île Longue, die für die französische nukleare Abschreckung von zentraler Bedeutung ist, sowie ein Transportkonvoi mit Leclerc-Kampfpanzern. Die Militärstaatsanwaltschaft in Marseille hat Ermittlungen eingeleitet. Ziel ist es, die Verantwortlichen für die Überflüge zu identifizieren und mögliche Motive aufzuklären. Bislang gibt es keine Informationen über die Herkunft oder die Absichten der Drohnenpiloten.

Das französische Parlament hat die symbolische Aufhebung des Code noir und weiterer historischer Gesetzestexte zur Sklaverei einstimmig beschlossen. Die im 17. und 18. Jahrhundert erlassenen Regelungen, die versklavte Menschen als Eigentum behandelten und schwere Strafen für Flucht vorsahen, waren seit der Abschaffung der Sklaverei 1848 zwar rechtlich wirkungslos, aber nie formell aufgehoben worden. Das Gesetz sieht zudem einen Regierungsbericht über die langfristigen Folgen des Kolonialrechts und die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Sklaverei im Schulunterricht vor. Die Frage nach Entschädigungen für die Nachkommen der Versklavten bleibt jedoch offen und wurde von mehreren Abgeordneten kritisiert. Auch die unvollständige Berücksichtigung bestimmter historischer Regelungen, insbesondere im Indischen Ozean, sorgte für Kritik.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Der ehemalige sozialistische Minister und frühere Präsident des französischen Rechnungshofs, **Pierre Moscovici**, hat sein Amt am Europäischen Rechnungshof in Luxemburg am 22. Oktober 2026 nach nicht einmal einem Jahr niedergelegt. Der 69-Jährige begründete seinen Rückzug offiziell mit persönlichen Gründen. Insbesondere sei die Vereinbarkeit seines Familienlebens mit der Tätigkeit in Luxemburg zu schwierig geworden. Darüber hinaus machte Moscovici deutlich, dass seine Entscheidung auch politisch motiviert sei. Mit Blick auf die bevorstehende französische Präsidentschaftswahl erklärte er, es sei nun seine „Position", sich wieder stärker in die öffentliche Debatte in Frankreich einzubringen. Er wolle seine Freiheit des Wortes bewahren und seine politische Erfahrung in einer von ihm als schwierig und möglicherweise sogar tragisch beschriebenen Zeit für das Land nutzen. Sein vorzeitiger Rücktritt löst nun die Suche nach einem Nachfolger aus. Dieser wird von den EU-Mitgliedstaaten auf Vorschlag der französischen Regierung und nach Anhörung des Europäischen Parlaments ernannt.

DIE ZAHL DER WOCHE

268 Millionen Euro

Der Waldbrand von Saumos in der Gironde, der im Juli 2026 rund 42.000 Hektar zerstörte, hat Schäden in Höhe von schätzungsweise **268 Millionen Euro** verursacht. Insgesamt gingen bei den Versicherern 18.500 Entschädigungsanträge ein, darunter für Wohnhäuser, Unternehmen und Fahrzeuge. Besonders problematisch ist, dass zahlreiche Betroffene unterversichert waren und ihre Policen die tatsächlichen Verluste nur teilweise decken. Von den Flammen wurden 252 Gebäude vollständig zerstört. Die Behörden prüften zudem 303 Wohnhäuser, die wiederaufgebaut werden sollen. Rund 34 % davon können ohne größere Auflagen neu errichtet werden. Weitere 60 % dürfen nur unter zusätzlichen Sicherheitsbedingungen wieder aufgebaut werden, etwa mit besserem Brandschutz und angepasster Erschließung. Für etwa 6 % der zerstörten Häuser wird jedoch keine Genehmigung für einen Wiederaufbau erteilt. Die betroffenen Eigentümer sollen individuell begleitet und gegebenenfalls über den staatlichen Barnier-Fonds (existiert seit 1995) entschädigt werden. Auch die gesundheitlichen Folgen bleiben erheblich. Nach der Belastung durch toxische Rauchgase besteht weiterhin ein hoher Bedarf an pneumologischer und medizinischer Betreuung der Betroffenen.